



Frau Bundeskanzlerin

# Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 37  
15.09.2017

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>FG Wahlen</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	------------------	------------------------

Wähleranteile:	Union bei 37 % bzw. 36 %, SPD zwischen 23 % und 20 %
----------------	--

Kanzlerpräferenz:	Merkel deutlich vor Schulz
-------------------	----------------------------

Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Gute Beurteilung der Bundesregierung bei vielen politischen Aufgaben
----------------------	--

Wirtschaft:	Optimistische Erwartungen bei derzeitiger Wirtschaftsentwicklung deutlich gestiegen; langfristige Wirtschaftserwartungen eher pessimistisch
-------------	---

Weltpolitische Lage:	Große Sorge um den Weltfrieden Konflikt mit Nordkorea wird als größte Bedrohung wahrgenommen
----------------------	---

Wichtigstes Thema:	Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik
--------------------	--

## Wähleranteile

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/stern	<b>Emnid<sup>1</sup></b> für BamS	<b>FG Wahlen</b> für ZDF	<b>infratest dimap</b> für ARD
CDU/CSU	37 (-1)	36 (-1)	36 (-2)	37 (-)
SPD	23 (-)	22 (-2)	23 (+1)	20 (-1)
FDP	8 (-)	9 (+1)	10 (+1)	9,5 (+0,5)
DIE LINKE	10 (+1)	10 (+1)	9 (-)	9 (-1)
B'90/Grüne	8 (-)	8 (-)	8 (-)	7,5 (-0,5)
AfD	9 (-)	11 (+2)	10 (+1)	12 (+1)
Sonstige	5 (-)	4 (-1)	4 (-1)	5 (+1)
Erhebungszeitraum	04.-08.09.	07.-13.09.	12.-14.09.	12.-13.09.

Die Union liegt bei infratest dimap 17 (+1), bei forsa 14 (-1), bei Emnid 14 (+1) und bei FG Wahlen 13 (-3) Prozentpunkte vor der SPD.

Die AfD liegt bei infratest dimap bei 12 %. Dies ist der höchste Wert im ARD-DeutschlandTREND seit Februar 2017.

## Wähleranteile weiterer Institute<sup>2</sup>

Angaben in Prozent

	<b>INSA</b> für Bild-Zeitung	<b>Civey</b> für SPIEGEL Online	<b>YouGov</b> für RedaktionsNetz- werk Deutschland
CDU/CSU	36,5 (-)	38,2 (+0,1)	36 (+2)
SPD	23,5 (-)	22,1 (-2)	23 (-1)
FDP	9 (+0,5)	9,1 (+0,4)	9 (-)
DIE LINKE	10,5 (+0,5)	9,3 (+0,2)	10 (+1)
B'90/Grüne	6 (-0,5)	8,2 (+0,5)	8 (+1)
AfD	11 (+0,5)	8,5 (+0,3)	10 (-1)
Sonstige	3,5 (-1)	4,6 (+0,5)	4 (-2)
Erhebungszeitraum	08.-11.09.	05.-12.09.	08.-12.09.

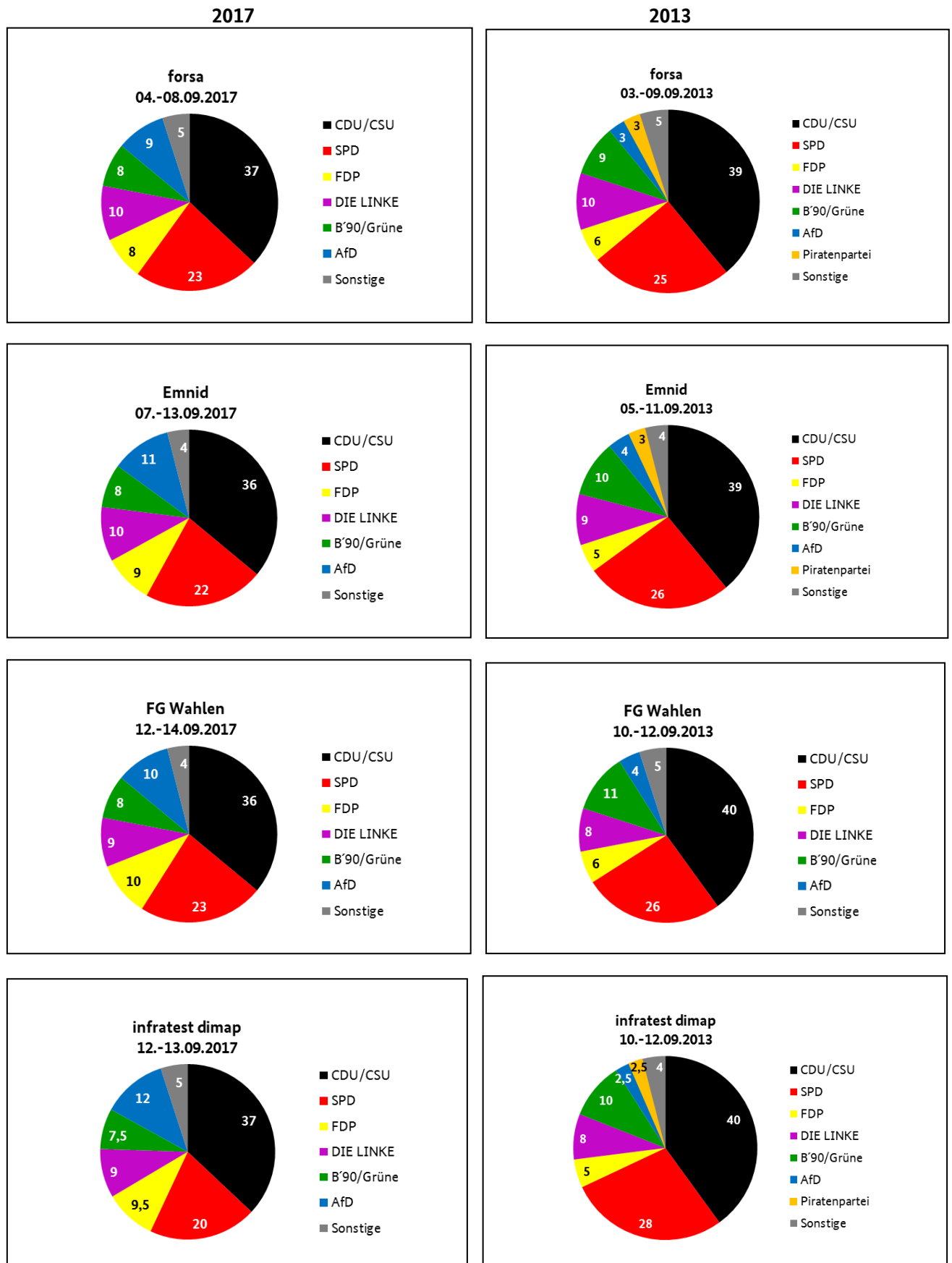
<sup>1</sup> Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (17.09.2017)

<sup>2</sup> Bis zur Bundestagswahl am 24. September finden Sie hier zur Übersicht aktuelle, veröffentlichte Wähleranteile weiterer Institute.

## Wähleranteile im Vergleich:

### Gut eine Woche vor der Bundestagswahl 2017 bzw. 2013

(Endergebnis BTW 2013: CDU/CSU: 41,5 %, SPD: 25,7 %, Die Linke: 8,6 %, B'90/Grüne: 8,4 %, FDP: 4,8 %, AfD: 4,7 %, Sonstige: 6,2 %)



## Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/stern	<b>FG</b> <b>Wahlen</b> für ZDF	<b>infratest</b> <b>dimap</b> für ARD
Merkel	48 (+1)	56 (-1)	51 (-3)
Schulz	22 (+1)	32 (-1)	25 (-1)
keinen von beiden	30 (-2)		
weiß nicht/spontan: keinen		12 (+2)	17 (+3)
Erhebungszeitraum	04.-08.09.	12.-14.09.	12.-13.09.

Angela Merkel liegt bei forsa 26 (-), bei infratest dimap 26 (-2) und bei FG Wahlen 24 (-) Prozentpunkte vor Martin Schulz.

## Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/stern
CDU/CSU	36 (+2)
SPD	10 (+2)
sonstige Parteien	10 (+1)
keine Partei	44 (-5)
Erhebungszeitraum	04.-08.09.

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 26 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

44 % (-5) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

79 % (+1) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 45 % (+8) von ihrer Partei.

## Wichtigkeit politischer Aufgaben im September 2017

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im August 2017

Emnid für BPA

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	72 (+4)	26 (-1)	2 (-1)	0 (-2)
Altersversorgung langfristig sichern	62 (-3)	33 (+3)	4 (-)	1 (-)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	59 (+2)	37 (-2)	4 (+2)	1 (-1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	54 (+5)	41 (-3)	4 (-1)	0 (-1)
innere Sicherheit gewährleisten	54 (+1)	40 (-)	4 (-1)	1 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	50 (+3)	42 (-)	7 (-1)	1 (-1)
Steuerlast gerecht verteilen	47 (-3)	46 (+3)	6 (+1)	0 (-1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	45 (+3)	41 (+1)	12 (-2)	1 (-3)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	42 (+3)	48 (+1)	9 (-3)	1 (-1)
Gesundheitswesen modernisieren	42 (-2)	45 (+3)	11 (+1)	1 (-1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	40 (-3)	44 (+4)	12 (+1)	3 (-2)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	37 (+1)	43 (+3)	15 (+3)	5 (-5)
deutsche Interessen in der EU vertreten	32 (+3)	53 (+1)	11 (-4)	2 (-1)
Energiewende zügig vorantreiben	32 (+5)	45 (-7)	19 (+2)	3 (-1)
neue Technologien fördern	31 (+1)	52 (+2)	14 (-)	2 (-3)
für bezahlbare Strompreise sorgen	31 (+1)	51 (+1)	16 (-)	2 (-1)
Verbraucherschutz stärken	27 (-1)	53 (+1)	16 (-1)	2 (-)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	26 (+2)	52 (+5)	19 (-4)	2 (-2)
für Preisstabilität sorgen	23 (-3)	57 (+2)	17 (+2)	2 (-1)
Staatsschulden begrenzen	23 (-4)	53 (+4)	20 (+2)	3 (-2)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	21 (+3)	56 (-2)	18 (+1)	3 (-3)
Erhebungszeitraum	06.-12.09.2017			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe und wird überdurchschnittlich häufig von 50- bis 59-Jährigen (81 %) und unter 30-Jährigen (77 %) sowie von Anhängern der Linkspartei (83 %) und der Grünen (80 %) als sehr wichtig angesehen. Personen mit hoher formaler Bildung nennen diese Aufgabe häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (78 % zu 64 %).

Die langfristige Sicherung der Altersversorgung wird von Ostdeutschen und Personen mit mittlerer formaler Bildung (jew. 68 %) sowie von Anhängern der Linkspartei (72 %), der Union und der SPD (jew. 69 %) überdurchschnittlich häufig als prioritär angesehen. Frauen nennen diese Aufgabe häufiger als Männer (69 % zu 56 %) und über 40-Jährige häufiger als unter 40-Jährige (68 % zu 53 %). Anhänger der Grünen (50 %) betrachten die langfristige Sicherung der Altersversorgung unterdurchschnittlich oft als sehr wichtig.

## Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen September 2017

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im August 2017

Erhebung für BPA

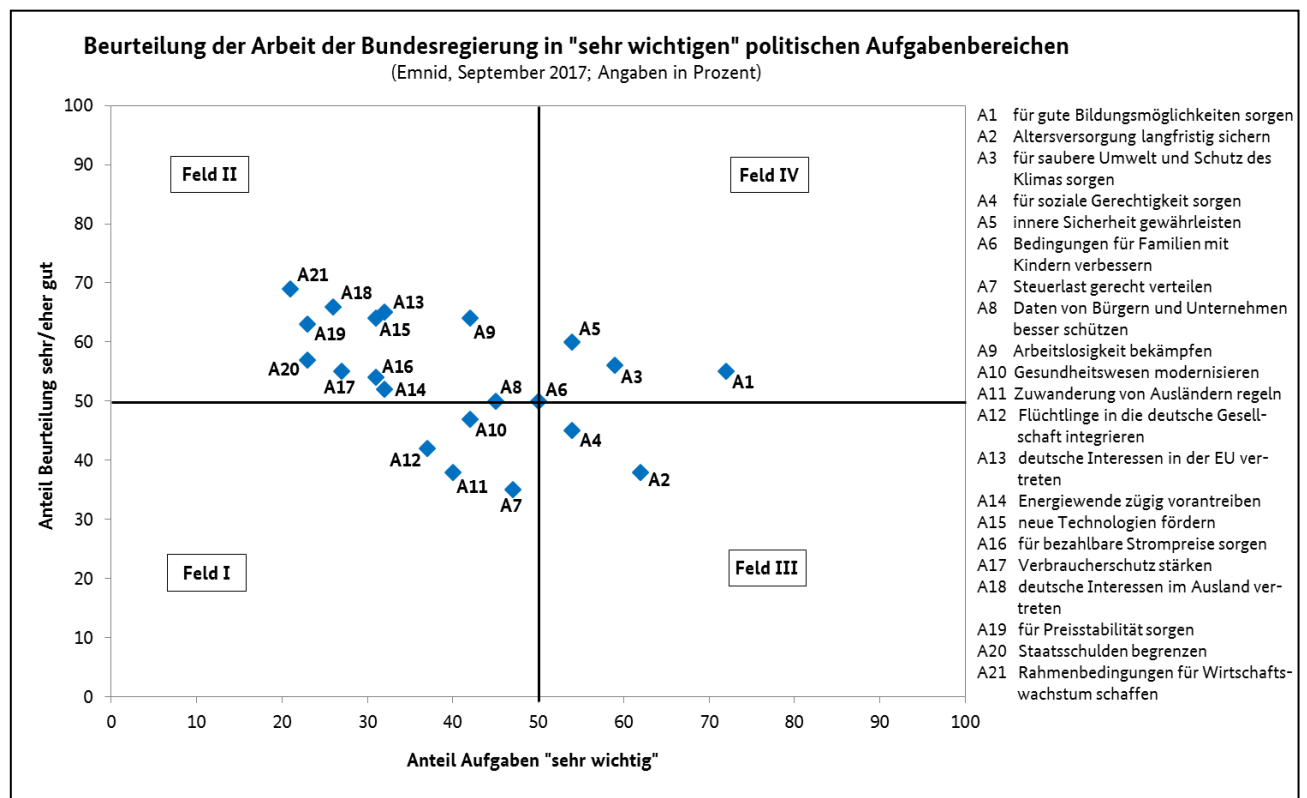
politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	69 (-2)	20 (+1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	66 (+3)	27 (-2)
deutsche Interessen in der EU vertreten	65 (-2)	27 (+1)
neue Technologien fördern	64 (+4)	27 (-2)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	64 (+1)	32 (-1)
für Preisstabilität sorgen	63 (+3)	30 (-4)
innere Sicherheit gewährleisten	60 (-1)	35 (-)
Staatsschulden begrenzen	57 (+4)	33 (-6)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	56 (-)	39 (-)
Verbraucherschutz stärken	55 (+5)	37 (-4)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	55 (-1)	39 (-2)
für bezahlbare Strompreise sorgen	54 (+7)	39 (-6)
Energiewende zügig vorantreiben	52 (+3)	43 (-1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	50 (+3)	42 (-4)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	50 (-2)	44 (+4)
Gesundheitswesen modernisieren	47 (+2)	47 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	45 (-1)	50 (-)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	42 (+5)	52 (-6)
Zuwanderung von Ausländern regeln	38 (+4)	56 (-4)
Altersversorgung langfristig sichern	38 (+3)	57 (-1)
Steuerlast gerecht verteilen	35 (+3)	60 (-1)
Erhebungszeitraum	06.-12.09.2017	

In 15 von 21 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Die höchste Zustimmung erhält die Bundesregierung für die Wirtschaftspolitik (69 %).

Im Politikfeld "für bezahlbare Strompreise sorgen" bewertet im Vergleich zum Vormonat ein um 7 Prozentpunkte höherer Anteil der Bevölkerung die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Auch die Aufgabenbereiche „Verbraucherschutz stärken“ und "Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren" (+5 Prozentpunkte) werden im Vergleich zum Vormonat häufiger als sehr bzw. eher gut bewertet.

## Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in "sehr wichtigen" politischen Aufgabenbereichen

Setzt man die sehr bzw. eher gute Beurteilung der Regierungsarbeit in einzelnen politischen Aufgabenbereichen ins Verhältnis zur Einschätzung dieser Aufgaben als „sehr wichtig“, so erhält man eine **Vier-Felder-Tafel**, aus der sich Stärken und Schwächen der Regierungsarbeit aus Sicht der Bundesbürger entnehmen lassen.



Im **Feld I** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, mit denen die Bundesbürger zwar bezogen auf die Regierungsarbeit nicht zufrieden sind, die jedoch auch nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ betrachtet werden.

Im **Feld II** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, in denen die Bundesbürger der Regierungspolitik zwar mehrheitlich eine gute Beurteilung aussprechen, die aber nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ eingestuft werden. In diesem Feld liegen die meisten politischen Aufgabenbereiche.

Im **Feld III** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, die von den Bundesbürgern mehrheitlich als „sehr wichtig“ betrachtet werden, in denen aber nur weniger als die Hälfte der Deutschen die Regierungsarbeit positiv beurteilt. Handlungsbedarf sehen die Bundesbürger somit vor allem bei der langfristigen Sicherung der Altersversorgung (A2) und im Aufgabenbereich „für soziale Gerechtigkeit sorgen“ (A4).

Im **Feld IV** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, bei denen eine hohe Übereinstimmung zwischen der Einschätzung der Wichtigkeit und der Beurteilung der Regierungspolitik festzustellen ist. Folglich sind für die Mehrheit der Bundesbürger die Gewährleistung der inneren Sicherheit (A5), der Umwelt- und Klimaschutz (A3) und die Bildungspolitik (A1) sehr wichtige politische Aufgabenbereiche, in denen die Bundesregierung bereits sehr bzw. eher gute Arbeit leistet.

## Derzeitige wirtschaftliche Entwicklung

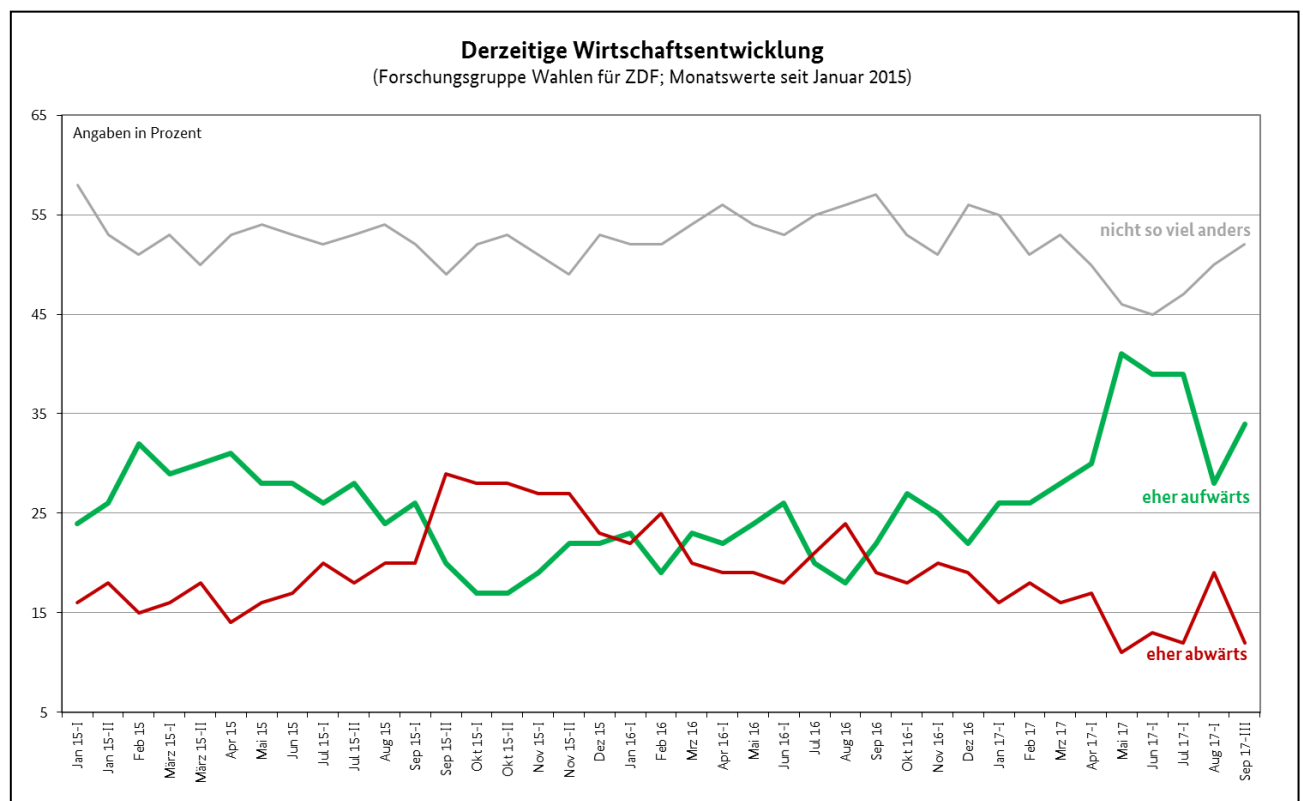
Angaben in Prozent

	FG Wahlen für ZDF
eher aufwärts	34 (+6)
eher abwärts	12 (-7)
nicht so viel anders	52 (+2)
Erhebungszeitraum	12.-14.09.

Die Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung hat sich im Vergleich zur KW 32 stark verändert.

Der Anteil derjenigen, der die derzeitige wirtschaftliche Entwicklung positiv einschätzt, ist deutlich gestiegen.

Anhänger der Union (41 %) und der SPD (40 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Aufwärtstrend. Hingegen sehen Anhänger der Linkspartei (21 %) und der AfD (20 %) überdurchschnittlich häufig einen Abwärtstrend.





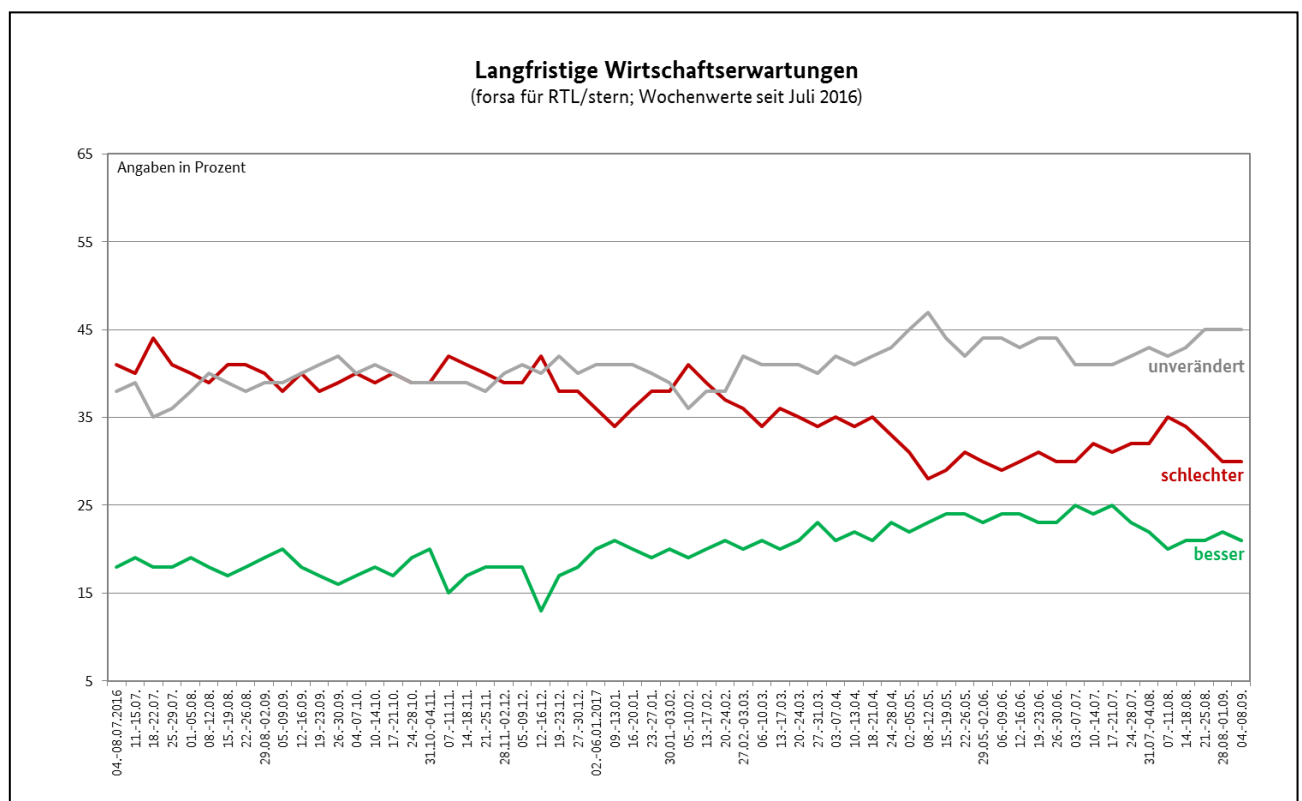
## Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	21	(-1)
schlechter	30	(-)
unverändert	45	(-)
Erhebungszeitraum	04.-08.09.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche kaum verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 9 (+1) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



### Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 34

	forsa für BPA
sehr große	14 (+1)
große	52 (+3)
wenig	28 (-3)
keine	6 (-)
Erhebungszeitraum	04.-08.09.

Ostdeutsche (72 %) sowie Anhänger der AfD (72 %) und der Linkspartei (71 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (74 % zu 57 %).

### Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 34

	forsa für BPA
Asien, Nordkorea	35 (+5)
USA	13 (-5)
Türkei	12 (+4)
Asylbewerber, Flüchtlinge	11 (-2)
Syrien	7 (+1)
Krieg/Terrorismus allgemein	7 (-1)
Russland	5 (+1)
Islamischer Staat (IS)	4 (-)
Naher Osten, arabische Länder	4 (-1)
Erhebungszeitraum	04.-08.09.

Nach Meinung der Bundesbürger droht aus Asien von dem Konflikt mit Nordkorea die größte Gefahr für Deutschland.

Anhänger der Grünen (48 %), der FDP (46 %) und der Union (42 %) nennen den Konflikt mit Nordkorea überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle für Deutschland. Über 45-Jährige nennen diesen häufiger als unter 30-Jährige (40 % zu 25 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (41 % zu 30 %).

## Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 34

	forsa für BPA
sollte mehr Verantwortung übernehmen	37 (+5)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	9 (-2)
Deutschland tut bereits genug	51 (-4)
Erhebungszeitraum	04.-08.09.

Personen mit hoher formaler Bildung (42 %) sowie Anhänger der Linkspartei (48 %) und der Grünen (46 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (30 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (57 %) sowie Anhänger der Union (58 %) und der FDP (56 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

## Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 34

	forsa für BPA
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	35 (-2)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	15 (-1)
verhält sich alles in allem genau richtig	45 (+2)
Erhebungszeitraum	04.-08.09.

Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (42 %) und unter 30-Jährige (40 %) sowie Anhänger der AfD (69 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (30 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Union (61 %), der Grünen und der FDP (jew. 52 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

# Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	22 (+9)
Rentenpolitik/Altersvorsorge	13 (+4)
Bundestagswahl, Wahlkampf	11 (-)
Sozialabbau, Soziale Ungerechtigkeiten	7 (+4)
Abgas- bzw. Dieselskandal/Kartellvorwürfe gegen deutsche Autobauer	6 (-2)
Politische Situation in der Türkei allgemein	6 (-)
Hurrikan in den USA	6 (+6)
Innere Sicherheit, Kriminalität, Bekämpfung Terrorismus	6 (+2)
Atomprogramm Nordkorea, aktueller Konflikt	6 (-4)
Bildungspolitik	5 (-)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderungs-, Asylpolitik	5 (-10)
Erhebungszeitraum	12.-13.09.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit den Flüchtlingsströmen bzw. der europäischen Einwanderungspolitik. Überdurchschnittlich häufig sehen Anhänger der AfD (45 %), der FDP (31 %), der SPD und der Grünen (jew. 27 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Personen mit hoher formaler Bildung nennen es häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (26 % zu 15 %). 35- bis 49-Jährige (17 %) und Anhänger der Linkspartei (13 %) nennen das Thema unterdurchschnittlich oft.

